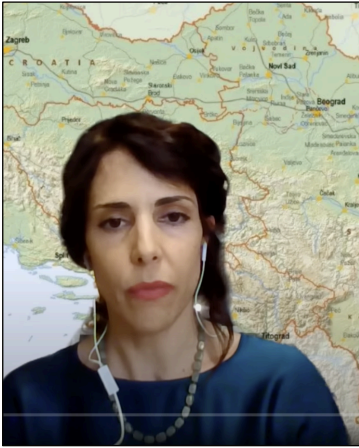


Serbien-Kosovo-Krise

Entstehung einer angekündigten Katastrophe

von Chiara Nalli,* Italien



Chiara Nalli
(Bild screenshot Visione TV)

(CH-S) Die italienische Journalistin Chiara Nalli von «l'Antidiplomatico» schlüsselt die – für uns oft unverständliche – Konfliktlage im Norden und Südosten des Kosovo auf. Es scheint so, als ob die serbischen und albanischen Bewohner nicht miteinander auskommen würden.

In dem hier vorliegenden Bericht vom 31. Mai bekommt der Leser einen vertieften Einblick in die Konfliktlage. Sie ist auch nach zwei Monaten unverändert, die Probleme bestehen weiter. Wie kommt es, dass fast 25 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen Serbien noch heute keine Ruhe im Kosovo eingekehrt ist? Warum lösen die verantwortlichen Schutzmächte, die EU, die Nato, aber auch die UNO den Konflikt nicht?

* * *

Am Freitagabend, 26. Mai, hat Serbien Armeeeinheiten entlang der Verteidigungspositionen an der Verwaltungsgrenze zum Kosovo stationiert. Die Einheiten wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt und am Samstagmorgen, 27. Mai, fand eine Sitzung des serbischen *Nationalen Sicherheitsrats* statt, deren Ergebnis nicht bekannt gegeben wurde.

Wie auch italienische Medien berichten, folgt die Entscheidung der Belgrader Regierung auf die Unruhen, die in den Gemeinden Zvecan, Leposavic und Zubin Potok ausbrachen, als ethnische

* Chiara Nalli ist eine italienische Expertin für Balkanfragen und speziell des Kosovo – eine Region, die zusammen mit Serbien durch die Arroganz und Kurzsichtigkeit der Nato-Mächte verwüstet wurde. «Der Westen misst immer mit zweierlei Mass. Die Probleme im Kosovo und im Donbass beweisen das.»

Serben kommunale Gebäude besetzten, um die Einsetzung der neu gewählten albanischen Bürgermeister zu verhindern.

Das Eingreifen der Spezialeinheiten der *Kosovo-Polizei* mit Tränengas, Rauchbomben und ohrenbetäubenden Granaten verletzte mehrere Menschen, woraufhin die Behörden in Belgrad sofort reagierten und die Armee an die Grenze schickten, für den Fall, dass sie zum Schutz der serbischen Gemeinden im Kosovo eingreifen müsste.

Gründe für die Proteste der Kosovo-Serben

Um die Gründe für die Proteste der Kosovo-Serben zu verstehen, muss man einen Schritt zurückgehen und zunächst klarstellen, dass die Gemeinden, die Schauplatz der Ereignisse sind, zu den zehn Gemeinden (vier im Norden des Landes und sechs im Südosten) mit serbischer Mehrheit gehören, für die die *Brüsseler Abkommen* von 2013 (und 2015) eine Form der Verwaltungsautonomie vorsehen, die von den Behörden in Pristina nie umgesetzt wurde, die sogenannte «Union der kosovo-serbischen Gemeinden» (ZSO – Akronym auf Serbisch).

Die Nichtumsetzung der im Rahmen der Pläne zur Normalisierung der Beziehungen vereinbarten Form der Selbstverwaltung und die bereits im Sommer 2022 einsetzende Eskalation der Spannungen veranlassten die serbischen Gemeinden zum Boykott der Kommunalwahlen vom 23. April 2023 – bei denen die umstrittenen Bürgermeister gewählt wurden –, an denen nur 3,4 Prozent der Wähler, das heisst rund 1500 Albaner und nur 13 Serben, tatsächlich teilnahmen.

Was die Serben im Nordkosovo nun in Frage stellen, ist somit in erster Linie die verfassungsrechtliche Architektur, innerhalb derer die Wahlen stattfanden, und damit die fehlende politische Legitimität der Wahlergebnisse.

EU und Nato kritisieren kosovarische Regierung

Im Übrigen ist es richtig, dass die EU-Institutionen selbst, nachdem sie den Stillstand der Verhandlungen über die Bildung der ZSO festgestellt und das politisch erfolglose Ergebnis der Wahlen im April anerkannt hatten, aus Angst vor einer

neuen Eskalation eine Übergangslösung vorgeschlagen hatten, wonach die neu gewählten Bürgermeister ihr Amt in ihren Gemeinden nicht zum vorgesehenen Termin am 28. Mai antreten sollten.

Dieser Vorschlag wurde vom Premierminister des Kosovo, *Albin Kurti*, unter dem Vorwand abgelehnt, dass die Wahlen im Rahmen der verfassungsmässigen Legalität des Landes vollständig durchgeführt werden müssten.

Es trifft auch zu, dass die extremistische Haltung der kosovarischen Regierung gegenüber der Einsetzung der neuen Bürgermeister und die Gewalt bei der Bewältigung der Proteste bei den beteiligten internationalen Akteuren viel Tadel hervorgerufen haben:

In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die USA, Frankreich, Italien, Deutschland und das Vereinigte Königreich die Entscheidung des Kosovo, mit Polizeikräften in kommunale Gebäude einzudringen, und forderten die Behörden auf, sich zurückzuziehen und eng mit den EULEX- und KFOR-Missionen zusammenzuarbeiten; ebenso der Sprecher der *Europäischen Kommission*, der Nato-Sprecher, der Leiter der UNMIK (*Mission der Vereinten Nationen im Kosovo*) und der US-Botschafter in Pristina; während US-Aussenminister *Anthony Blinken* A. Kurti aufforderte, die gewaltsamen Aktionen unverzüglich einzustellen und sich wieder auf den von der EU vermittelten Dialog mit Belgrad zu konzentrieren.

EU-Verhandlungsrunden im Stillstand

Das Scheitern der von der EU vermittelten Verhandlungsrunden zur Schaffung der ZSO, die am 2. und 15. Mai 2023 in Brüssel stattfanden, hat in der Tat das Crescendo der Spannungen in den letzten Wochen bestimmt. Die eigentliche Frage ist also, was hinter dem Stillstand der Verhandlungen und dem Widerstand der Regierung von A. Kurti steckt und welche Rolle die EU (und die USA) in diesem Zusammenhang spielen können oder gespielt haben.

Die Verhandlungen im Mai sollten der Zeitpunkt sein, um die Vorrechte und Grenzen der ZSO nach den Rahmenabkommen vom Februar und März 2023 konkret zu diskutieren. Stattdessen lehnte die kosovarische Regierung den vom zuständigen Verhandlungsteam ausgearbeiteten Entwurf für das Statut der ZSO in seiner Gesamtheit ab.

Und nicht nur das: Unzufrieden mit dem Inhalt des Statuts haben die Mitglieder der Regierung in Pristina einseitig die Rolle des Teams des-



Verteilung der Serben im Kosovo laut OSZE-Bericht 2005 (Bild J. Patrick Fischer/wikipedia)

avouiert, das – wir erinnern uns – durch die *Brüsseler Abkommen* von 2013 und 2015, in denen seine Kompetenzen und sein Mandat festgelegt waren, ausdrücklich mit dieser Aufgabe betraut worden war (ein Mandat, das sich im Übrigen nicht auf die Vorlage des Statutenentwurfs beschränkte, sondern seine Rolle auf den Gründungsprozess bis hin zur tatsächlichen Konstituierung des Gemeindeverbands hätte ausweiten sollen).

Die Haltung der Regierung in Pristina wurde von EU-Beamten selbst stigmatisiert, die darauf hinwies, dass die Desavouierung des Teams nicht dem Geist des angestrebten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina und den in den Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen von 2013 und 2015 enthaltenen Grundsätzen entspreche. Der in Brüssel vorgelegte Entwurf des Statuts leitet sich nämlich direkt von diesen Abkommen ab, die im Übrigen von den Institutionen in Pristina akzeptiert und ratifiziert wurden (mit der Ausnahme, dass sie unter dem Vorwand von Konflikten mit der Verfassungscharta des Landes nicht konkret umgesetzt wurden).

Die grundlegenden Punkte, auf deren Umsetzung die Belgrader Behörden bestehen, betreffen insbesondere das Eigentum und die Verwaltung aller öffentlichen Vermögenswerte (Infrastrukturen und natürliche Ressourcen), die sich auf dem Gebiet der betreffenden Gemeinden befinden,

sowie die Möglichkeit, Finanzmittel direkt aus dem serbischen Staatshaushalt zu erhalten.

Widerstand gegen die «Union der kosovo-serbischen Gemeinden»

Die kosovarische Seite hingegen hat darauf bestanden und ihr eigenes, direkt von der Regierung in Pristina ausgearbeitetes Modell der ZSO vorgeschlagen, das den Gemeindeverband faktisch aller Exekutiv- und Verwaltungsbefugnisse berauben und seine Rolle auf kulturelle, soziale und bildungspolitische Aufgaben innerhalb des bereits durch die bestehende Verfassung vorgegebenen institutionellen Rahmens beschränken würde.

All dies trotz wiederholter Ermahnungen von höchster Stelle der europäischen und amerikanischen Diplomatie (und sogar des *UN-Sicherheitsrats*), das Abkommen über die ZSO dringend abzuschliessen, und unter Missachtung der von mehreren Seiten geäusserten Bedenken hinsichtlich der bevorstehenden Frist für die Einsetzung der neuen Bürgermeister, die zu Recht als Auslöser für eine neue Spirale von Zwischenfällen angesehen wurde. Warnungen, die von Pristina offensichtlich nicht beachtet wurden. Und warum?

Wie ist es möglich, dass ein Land von der Grösse der Abruzzen, das vollständig von der technischen und finanziellen Hilfe seiner ausländischen Partner (USA und EU) abhängig ist und nicht über unabhängige Institutionen und eine Armee verfügt (da sie dem komplexen Überwachungssystem der UNMIK-Mission unterliegen), eine derart skrupellose Verhandlungshaltung einnimmt, dass es sich sogar mit seinen eigenen Anhängern in Konflikt bringt? [...]

Es ist zwar klar, dass eine Eskalation der Unruhen im Norden des Kosovo auch für die Behörden in Pristina «bequem» sein könnte, da sie ihnen einen ausgezeichneten Vorwand bieten würde, um die Verhandlungen auszusetzen und so die Bildung der ZSO zu verhindern, doch ebenso klar ist, dass die einzige Kraft, die ein solches Abdriften verhindern kann, der westliche politische Block ist, verstanden als die Gesamtheit der Interessen vor Ort und der beteiligten Institutionen. Wie konnte es also zur jetzigen Situation kommen?

Wie konnte es zur aktuellen Situation kommen?

Wenn man das Band zurückspult und die Erklärungen der westlichen Diplomatie auf der einen Seite und die Handlungen der Regierung in Pristi-

na auf der anderen Seite betrachtet, erhält man den Eindruck sich in einer Art «internationaler Komödie» zu befinden, in der die westlichen Länder «ex cathedra» Empfehlungen aussprechen, aber keinen konkreten Druck ausüben, während die Vertreter der Regierung in Pristina als eine Art hochnäsiger, aber beliebter Schwiegersohn auftreten, der nichts zu erfüllen hat und sich selbst als «das demokratischste Land der Region» und «ein Faktor für Frieden und Freiheit auf dem Balkan» preist.

Und wenn sich die Belgrader Regierung auf diplomatischer Ebene seit einigen Monaten mit einer Art höflicher Gummiwand konfrontiert sieht, so haben sich die Dinge auf der rein praktischen Ebene bewegt – und zwar in eine Richtung, die für die serbische Bevölkerung nachteilig ist.

Der Boykott der Kommunalwahlen am 23. April ist in Wirklichkeit nur die Spitze des Eisbergs: eine Gelegenheit, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten (oder gar Missständen), unter denen die serbische Bevölkerung im Kosovo leidet, sichtbar zu machen und in die politische Diskussion einzubringen.

Missstände, unter denen die serbische Bevölkerung im Kosovo leidet

Erwähnenswert ist hier die von der Regierung in Pristina eingebrachte Reform des *Enteignungsgesetzes*, die darauf abzielt, die Beschlagnahme von Grundstücken für den Bau von militärischen und/oder polizeilichen Einrichtungen und aller damit verbundenen Infrastrukturen zu erleichtern, wobei eine unbestimmte Ausweitung auf die umliegenden Gebiete vorgesehen ist. Die Reform erfolgt zudem inmitten eines Prozesses der Militarisierung des nördlichen Kosovo durch den Bau neuer Militärstützpunkte, der im vergangenen Jahr begonnen hat.

Das Szenario, das sich abzeichnet, ist genau das der Zwangsenteignung von Land, das die Serben seit Generationen geerbt haben, und zwar mit dem Ziel der militärischen Besetzung des Gebiets. Es handelt sich dabei um historische Ländereien (einschliesslich Kirchen und Friedhöfe), die die «überlebende» serbische Bevölkerung (50 000 von etwa 200 000 zu Beginn der 1990er Jahre) auf keinen Fall aufgeben will.

Wenn man bedenkt, dass die Diskussionen über die Enteignungen seit Monaten andauern, kann man verstehen, welchen Grad der Verzweiflung die serbische Bevölkerung des Kosovo erreicht hat. Was die EU und die USA anbelangt, so kann man hingegen mit Sicherheit sagen, dass

die auf formaler Ebene propagierte Äquidistanz auf konkreter Ebene weit weniger praktiziert wird.

Am 30. April wurde auf der offiziellen *Facebook*-Seite der *kosovarischen Sicherheitskräfte* (KBS) bekannt gegeben, dass italienische Carabinieri im Rahmen eines bilateralen Abkommens zwischen Italien und dem Kosovo einige KBS-Einheiten ausbilden; die Übungen schliessen an die bereits 2022 in Italien durchgeführten an und konzentrieren sich auf die Bewältigung und Unterdrückung von Massenversammlungen.

Der Zeitpunkt war noch nie so günstig. Doch die Kontrolle von Ausschreitungen ist nicht der einzige Bereich, in dem die KBS von seinen westlichen Partnern unterwiesen werden. Die KBS-Einheiten sollten nämlich selbst an der gemeinsamen Nato-Übung «Defender of Europe 23» auf dem Balkan teilnehmen, bei der bis zum 23. Juni die Verteidigungsfähigkeit der Balkanregion gegen einen möglichen russischen Angriff getestet werden soll.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Teilnahme der KBS an den gemeinsamen Übungen des Nato-Blocks eine viel umfassendere Bedeutung hat als die reine und ausdrückliche technische und militärische Vorbereitung, die in Wirklichkeit auf die Umwandlung dieser Sicherheitskräfte in eine echte Armee abzielt, die auch durch ein hohes Mass an politisch-militärischen Beziehungen zu ihren wichtigsten Verbündeten, den USA und der Nato, legitimiert ist.

Verstoss gegen UN-Resolution

Es sei daran erinnert, dass die Aufstellung von Streitkräften auf dem Gebiet des Kosovo gegen die *UN-Resolution 1244* verstösst, nach der die einzige bewaffnete Formation, die in diesem Gebiet operieren darf, die KFOR ist.

Es ist daher klar, dass sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen dem Kosovo einerseits und der EU, den USA und der Nato andererseits in eine Richtung bewegen, die sicherlich weniger neutral ist als das, was sich aus den offiziellen Gesprächen ergibt, bei denen der westliche Block als Schiedsrichter nur teilweise in die Angelegenheiten des Balkans involviert zu sein scheint. Aus diesem Grund kann man sagen, dass die derzeitige Krise nicht nur weitgehend vorhersehbar, sondern auch beherrschbar ist.

Aus dieser Beobachtung heraus ist es leicht zu verstehen, dass die direkte Beteiligung – oder, wenn man so will, Einmischung – des westlichen

Blocks in die Balkan-Dynamik auch mit einer anti-russischen Funktion erklärt werden kann. Auch der enorme Druck, der auf Belgrad ausgeübt wird, sich an die von EU/USA verhängten Sanktionen zu halten, ist Teil des Krieges gegen Russland.

Enormen Druck auf Belgrad

Ergänzend zu dem, *was wir bereits berichtet haben*,¹ möchten wir darauf hinweisen, dass das *Europäische Parlament* im Mai 2023 eine *Entscheidung zu Serbien* angenommen hat, in der es das Versäumnis bedauert, Sanktionen gegen Russland zu verhängen (einschliesslich der Weigerung, die Sendeaktivitäten von *Sputnik* und *Russia Today* einzustellen) und die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern verurteilt. Und das, obwohl die serbische Regierung mehrfach deutlich gemacht hat, dass sie keine Massnahmen ergreifen kann, die in offenem Widerspruch zu ihren eigenen nationalen Interessen stehen, während sie gleichzeitig eine umfassende technische Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen garantiert, damit Serbien nicht zu einer Plattform für die Umgehung von Sanktionen durch andere Länder wird.

Und es ist kein Zufall, dass eine der prägnantesten öffentlichen Äusserungen der Sprecherin des russischen Aussenministeriums in letzter Zeit genau den Druck betraf, der auf Serbien in der Frage der Sanktionen ausgeübt wurde.

In einem Kommentar vom 24. Mai sagte *Maria Zacharova*: «Wir wissen, wie sehr sich der Westen bemüht, unsere serbischen Freunde zu zwingen, die Zusammenarbeit mit Russland aufzugeben. Der Druck, der auf sie ausgeübt wird, ist beispiellos [...]. Das ganze Spektrum der Erpressung, der Sanktionen, der Drohungen wird eingesetzt, alles in den schlimmsten europäischen Traditionen» – mit der Schlussfolgerung, dass: «Niemand im Westen – der eine neokoloniale Politik betreibt – wird Russland und Serbien [...] daran hindern, eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zu entwickeln und zur Stärkung von Frieden und Stabilität auf dem Balkan beizutragen.»

Aussagen, die für diejenigen, die eine von gleichberechtigten multilateralen Beziehungen geprägte Welt schätzen, aufregend sein mögen, in Wirklichkeit aber ein völlig unnötiges Schlaglicht auf ein Land wie Serbien werfen, das vollständig von Nato-Verbündeten umgeben ist.

Mögliche Entwicklung der gegenwärtigen Krise

Für diejenigen, die sich eine mögliche Entwicklung der gegenwärtigen Krise vorstellen wollen,

ist dies vielleicht genau der Knotenpunkt, den es zu berücksichtigen gilt: die geografische Lage Serbiens, das für seine Verbündeten technisch unerreichbar und daher unvertretbar ist.

Mit gesundem Menschenverstand könnte man meinen, dass eine bewaffnete Konfrontation in einem solchen Kontext nicht nur tragisch, sondern auch völlig unnötig wäre. Daher könnte man realistischerweise zu der Hypothese einer langsamen «Absorption» Serbiens in die Sphäre westlicher Interessen neigen – beginnend mit wirtschaftlichen Interessen –, die mit «Zuckerbrot und Peitsche» umgesetzt werden soll: Druck, Gefälligkeiten und vielleicht einige interne Destabilisierungsmanöver. Eine breit angelegte Strategie, bei der der Kosovo und der Schutz seiner mehrheitlich serbischen Gebiete ein wertvolles Druckmittel darstellen könnten.

Bei Redaktionsschluss dieses Artikels (31. Mai) kam es am Morgen des 30. Mai zu wei-

teren gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen etwa 30 KFOR-Soldaten, darunter 11 italienische Soldaten, verwundet wurden. Als Folge dieser Entwicklungen kündigte Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* am späten Nachmittag des 30. Mai die Entsendung von 700 zusätzlichen Soldaten zum Schutz der Stabilität in der Region und den Ausschluss der *kosovarischen Sicherheitskräfte* (KBS) von der gemeinsamen Übung «Defender of Europe '23» als Sanktion gegen den Kosovo an, weil es eine unnötige Eskalation der Spannungen provoziert habe.

Quelle: *L'Antidiplomatico*, https://www.lantidiplomatico.it/dettnews-crisi_serbiakosovo_genesi_di_un_disastro_annunciato/5871_49832, 31. Mai 2023

(Übersetzung aus dem Italienischen M.R.)

¹ https://www.lantidiplomatico.it/dettnews-vertice_serbiakosovo_a_bruelles_belgrado_tra_ue_e_tutela_degli_interessi_nazionali/5694_49534/